

## **Debattenbeitrag zum Thema „Soziales“**

**Budgetgemeinderatssitzung 13. Dezember 2018**

**von KPÖ-Gemeinderätin Uli Taberhofer**

### **Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge**

Die politischen Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene wurden in den letzten Jahren weiter spürbar eingeschränkt. Diese Situation ist einerseits eine Folge der Kürzungen und damit immer geringer werdenden finanziellen Mittel des Bundes bei gleichzeitiger Übertragung von Mehraufgaben an die Kommunen, aber auch andererseits der Auslagerungen und Privatisierung öffentlichen Eigentums vor Ort, Maßnahmen, die von den politisch Verantwortlichen unserer Stadt gesetzt worden sind, um damit kurzfristig über hohe Einmalerlöse der Budgetknappheit entgegenwirken zu können. Gekoppelt mit den umgesetzten linearen Sparmaßnahmen in den vergangenen Jahren sind somit die Folgewirkungen im aktuell vorliegenden Budgetentwurf ersichtlich, nämlich die, dass weniger finanzielle Mittel generell zu einer Schwächung der Leistungsfähigkeit der Stadt führen und dass Engpässe durch Umschichtungen nur eine kurzfristige Überbrückung ermöglichen, aber keine langfristige Lösung darstellen.

Auf jeden Fall aber muss gesagt werden, dass es eine Frage der Prioritätensetzung einer Stadtregierung ist, ob man sich um das Wohlergehen aller Menschen vor Ort kümmert oder das Augenmerk vor allem auf Prestige- und Großprojekte legt. In Graz zeigt sich, dass Leistungen eingeschränkt, Änderungen bei Zugangsvoraussetzungen – z.B. im Bereich Wohnen – oder zusätzliche Hürden im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme von Zuschüssen - z.B. bei der SozialCard - umgesetzt worden sind, während kostspielige Großprojekte – gegenwärtig z. B. eine Gondel über den Plabutsch um 41 Millionen - forciert werden. Unter diesen Rahmenbedingungen ist erkennbar, dass der steigende Bedarf und die Sicherstellung der Qualität der erforderlichen kommunalen Leistungen für alle Menschen in unserer Stadt gefährdet sind.

Als KPÖ treten wir konsequent dafür ein, dass keine Kürzungen auf Kosten der Menschen in unserer Stadt erfolgen dürfen und ein gleichberechtigter und verlässlicher Zugang zu wichtigen Leistungen zu erschwinglichen Preisen garantiert und gegeben sein muss. Besonders in einer Zeit wachsender Ungleichheit und erhöhten Armutsrisikos für Menschen, die in unserer

Gesellschaft schlechter gestellt und benachteiligt sind, gilt es, der derzeitigen Politik der politisch Verantwortlichen wirkungsvolle Maßnahmen der Umverteilung entgegenzusetzen und vor allem auch einnahmenseitig Überlegungen anzustellen, um verstärkt und bedarfsorientiert in die öffentliche Daseinsvorsorge investieren und mit treffsicheren Maßnahmen zur sozialen Sicherheit beitragen zu können.

### **SozialCard ausbauen**

Im Oktober 2012 wurde in Graz die SozialCard eingeführt. Sie wurde als eine über viele Jahre von der KPÖ geforderte Maßnahme zur sozialen Unterstützung jener Teile der Bevölkerung realisiert, die aufgrund ihres geringen Einkommens unter wirtschaftlich schwierigen Umständen leben müssen und damit Gefahr laufen, gesellschaftlich isoliert zu werden. Die SozialCard ist somit als wichtige Maßnahme zur Armutsprävention zu sehen, in die Leistungen, wie die ermäßigte Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel im Rahmen der SozialCard Mobilität, der Heizkostenzuschuss, die Schulaktion und die Weihnachtsbeihilfenaktion des Grazer Sozialamtes, die Teilnahme an der „Team Österreich Tafel“ sowie an der Aktion „Hunger auf Kunst und Kultur“ in das Leistungspaket aufgenommen wurden.

Für uns als KPÖ war die SozialCard ein erster wichtiger Schritt im Interesse der Menschen mit geringem Einkommen in unserer Stadt, dem noch weitere folgen sollten, nämlich eine Ausweitung der Leistungen oder auch des anspruchsberechtigten Personenkreises.

Leider ist jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt das Gegenteil ersichtlich. So wurden zwischenzeitlich zusätzliche Hürden und schließlich auch Begrenzungen des Zugangs zum Erhalt einer SozialCard festgelegt.

Zusätzliche in der letzten Zeit zum Nachteil der SozialCardbezieherInnen umgesetzte Maßnahmen betreffen den Heizkostenzuschuss und die Weihnachtsbeihilfe. So müssen sie z.B. erneut in einer vorgegebenen, sehr kurzen Frist online beantragt werden. Wer die Frist verpasst, fällt um den aufgrund der persönlichen prekären Situation gerechtfertigten Bezug sowohl des Heizkostenzuschusses als auch der Weihnachtsbeihilfe um. Und es zeigt sich mittlerweile auch, dass deshalb in diesem Jahr nur mehr 8.984 Haushalte die Weihnachtsbeihilfe bezogen haben. Das sind im Vergleich zum Vorjahr 1.882 Haushalte weniger. Und man ist dazu übergegangen, Ansprüche – wie zuletzt die Weihnachtsbeihilfe – nicht mehr als Geldbetrag auszuzahlen, sondern in Form von Sodexo-Gutscheinen. Sie können nur bei bestimmten Anbietern eingelöst werden und der Erwerb einzelner Produkte, wie z.B.

Alkohol oder Tabak, ist ausgenommen. Diese Vorgehensweise zeugt von allgemeinem Misstrauen gegenüber bedürftigen Menschen und man zwingt sie damit in ein Gutscheinsystem eines internationalen Konzerns, der mit seinen Geschäftsmodellen weltweit gut verdient und 4,5% von jedem Gutscheinbetrag für sich einbehält.

Die Zugangsbedingungen zur SozialCard zu erschweren und Geld und Leistungen den Menschen vorzuenthalten, die an und unter der Armutsgrenze leben und deren gesellschaftliche Teilhabe bereits jetzt immer weniger gegeben ist, ist die falsche Herangehensweise, um sicherzustellen, dass das Sozialsystem auch künftig finanzierbar sein soll. Für uns als KPÖ ist die finanzielle Absicherung der SozialCard eine wichtige kommunale Aufgabe, die auch künftig gewährleistet sein muss. Denn die Stadt hat die Verpflichtung, zielgerichtete Maßnahmen für mehr soziale Gerechtigkeit in unserer Stadt zu treffen.

### **Bildung – mehr Chancengerechtigkeit**

Das Bildungssystem ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss ausreichend finanziert werden. Doch haben sich die Rahmenbedingungen für die Schulstandorte und einen qualitätvollen Unterricht in Graz in letzter Zeit verschlechtert. Die Stadt Graz trägt Verantwortung für die Pflichtschulen. Zwar wurden aufgrund der steigenden Schülerzahlen Schulneubauten in die Wege geleitet, und auch Sanierungen haben stattgefunden, doch sind nach wie vor zahlreiche Schulen in Graz ein sichtbares Zeichen dafür, dass vielfach Sanierungsbedarf gegeben ist. Sei es, dass zu wenig Platz vorhanden ist, die Barrierefreiheit nicht gegeben ist oder zur Sicherung der Qualität der Einrichtungen ein weiterer Ausbau erforderlich ist. Darüber hinaus gilt es auch, eine adäquate Ausstattung, mehr Personal aus verschiedenen Fachbereichen oder mehr Lehr- und Lernmittel sowie sonstige Hilfsmittel sicherzustellen. Auch der Fortbestand und die Absicherung niederschwelliger Präventions-, Beratungs- und Therapieangebote ist wichtig, um die Qualität der Bildung im Pflichtschulbereich für alle Kinder mit und ohne Migrationshintergrund gewährleisten zu können. Nicht alle Missstände in den genannten Bereichen sind auf eine schlechte Bildungspolitik der Stadt Graz zurückzuführen. So hat z. B. eine aktuelle Maßnahme der Bundesregierung gerade bei Kindern mit Migrationshintergrund durch die Einführung der „Deutschförderklassen“ zu zahlreichen Verschlechterungen geführt. Vor allem bei jenen Schulen, die einen hohen MigrantInnenanteil haben, sind Ressourcen für die Deutschförderung verlorengegangen – sei es durch ein zu geringes Stundenkontingent oder durch zu wenig Personal. Diese Vorgangsweise ist kontraproduktiv und wird nicht zu

einer Verbesserung der Sprachförderung und Erhöhung der Kompetenz von Schülerinnen und Schülern in der Bildungssprache Deutsch führen.

Der zuständige Grazer ÖVP-Bildungsstadtrat ist aber sehr wohl gefordert, wenn es darum geht, dass an allen Grazer Schulen Warmwasser fließt und genügend Klopapier zur Verfügung gestellt wird. Und er hat vor allem dafür zu sorgen, dass die Stadt dringend benötigte Lehrmittel stellt. Insbesondere fehlt es an geeigneten Büchern für den Spracherwerb von MigrantInnen. In den Schulbibliotheken muss der Bestand angepasst werden. Wo der Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund hoch ist, ist die Literatur, abgestimmt nach Sprachniveaus, zu erweitern, um die Freude am Lesen zu fördern. Die Stadt Graz muss die gesellschaftliche Verpflichtung nach mehr Chancengerechtigkeit im Bildungssystem für alle Kinder wahrnehmen. Alle Kinder müssen gleichberechtigt dazugehören und teilhaben können. Die sozialen Unterschiede dürfen nicht noch verstärkt, sondern müssen möglichst ausgeglichen werden.

Die Beispiele SozialCard und Schulen habe ich stellvertretend für alle Bereiche und Aufgaben der Stadt herausgegriffen, die auch auf Perspektive sichergestellt bzw. wahrgenommen werden müssen. Denn nur der Einsatz entsprechender finanzieller Mittel kann eine qualitativ hochwertige öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten und zur sozialen Sicherheit der Menschen in unserer Stadt beitragen.

Unsere Aufgabe als KPÖ sehen wir darin, auch in Zukunft in diesem Haus und - wo notwendig - auch mit Aktionen gemeinsam mit der Bevölkerung für die Interessen der Grazerinnen und Grazer, insbesondere benachteiligter Personengruppen in unserer Gesellschaft, einzutreten.

Und deshalb ist unser ablehnendes Stimmverhalten beim vorliegendem Budget, das Kürzungen und Einsparungen in wesentlichen Bereichen vorsieht, keine Überraschung, sondern konsequent.

Bedanken möchte ich mich im Namen der KPÖ jedoch bei allen Magistratsbediensteten, die an der Erarbeitung des vorliegenden Voranschlags beteiligt waren.

Besten Dank für die Aufmerksamkeit.